

Personalmangel im öffentlichen Dienst

Quelle: dbb beamtenbund und tarifunion

Stand: Juli 2022

Dem Staat fehlen fast 360.000 Mitarbeitende

Dem Staat fehlen nach aktueller Einschätzung des dbb beamtenbund und tarifunion fast 360.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Nicht nur wegen der Corona-Pandemie, Flucht- und Migration sowie den Herausforderungen in den Bereichen Bildung und innere Sicherheit brauchen vor allem Länder und Kommunen zusätzliches Personal, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können.

2022 gehen zwei Prozent der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den Ruhestand. In den nächsten 10 Jahren scheidet weitere 1,27 Millionen (oder 27 Prozent) der Kolleginnen und Kollegen altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst aus. Rechnet man davon die erwartbaren Neueinstellungen ab, bleibt eine Personallücke von mehreren hunderttausend Beschäftigten, die dem öffentlichen Dienst bei seiner Aufgabenerfüllung fehlen werden. Gleichzeitig stellen die Digitalisierung, der ökologische Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft sowie die

zunehmende Aggression und Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung den öffentlichen Dienst vor neue Herausforderungen.

Auf allen staatlichen Ebenen – in der Landes- und Bundesverwaltung, in den Städten und Gemeinden, bei der Polizei, in Kindergärten und Schulen, in Finanzämtern, Justizvollzug und -verwaltung, beim Zoll, in Gesundheitsämtern, in der Pflege und Sozialen Arbeit, in Jobcentern und in der Sozialversicherung – setzen sich die Beschäftigten nach wie vor bis an die Grenze ihrer Belastbarkeit und darüber hinaus ein und leisten eine großartige und hoch motivierte Arbeit. Sie dürfen dabei aber nicht allein gelassen werden.

Aktuell wird angesichts dieser Herausforderungen deutlich, wie sich der seit Jahren herbeigeführte und vom dbb vielfach kritisierte Personalmangel auswirkt. Die Politik muss Prioritäten setzen und für eine aufgabengerechte Personalausstattung sorgen.



Aktuelle Personalbedarfe öffentlicher Dienst

Bundespolizei 27.000

Landespolizei 28.000

Steuerverwaltung 30.000

Zoll 5.600

Schulen* 42.000

Kommunalverwaltungen

165.400

(allg. Verwaltung, Ausländerbehörden, Bauämter, Jugendämter, Ordnungsämter, Sozialämter/Soziale Arbeit, Feuerwehren, Kitas**)

Öffentlicher Gesundheitsdienst 8.500

Kranken- und Altenpflege 47.000

Arbeitsagenturen/Jobcenter 1.700

Justiz (Justizvollzug, Verwaltung) 3.700

358.900

* Ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bedarfs durch weitergehende Konzepte zur Ganztagsbetreuung.

** Allein bei den Kitas fehlen aktuell über 70.000 Beschäftigte.